

Landtagswahlen 2021 – die Ziele der DpL

Von Thomas Rehak

Liebe Leserinnen und Leser

Für das Jahr 2021 wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie alles Gute, vor allem Gesundheit und Zuversicht. Ich hoffe und wünsche mir, dass im Laufe des nun begonnenen neuen Jahres das normale Leben allmählich wieder zurückkehrt.

Die Covid-19-Krise kam unerwartet und hat jeden von uns in irgendeiner Art getroffen. Die einen wirtschaftlich, die anderen durch die Krankheit selbst. Aber auch die Begleitscheinungen, die Isolation, die Belastung der Psyche haben allen zu schaffen gemacht. Diese Begleitscheinungen dürfen nicht unterschätzt werden.

Kräfte bündeln

Es gilt nun, die Herausforderungen anzunehmen und positiv in die Zukunft zu schauen. Ganz Europa und alle Kontinente auf der Erde haben mit gleichen Problemen zu kämpfen. Wir als Kleinstaat haben nur beschränkte Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen. Glücklicherweise hat das Land genügend Reserven, um das Schlimmste für Wirtschaft und Bevölkerung abzuwenden. Das Wichtigste aber ist, einen kühlen Kopf zu bewahren. Gerade in diesen Zeiten sind wir auf die Solidarität aller angewiesen.

Auch wenn es schwierig ist, jeden Einzelnen mit ins Boot zu holen, dürfen Meinungsfreiheit und die demokratischen Grundrechte nicht in Frage gestellt werden. Besonders jetzt braucht es einen stärkeren Einbezug der positiven Kräfte. Durch ein Zusammenrücken soll das Verbindende in den Vordergrund gestellt und der Blick nach vorne gerichtet werden.

Hauptziele der DpL

Die Demokraten pro Liechtenstein haben sich den folgenden Leitspruch für die Landtagswahlen 2021 zugrunde gelegt.

Mehr LIECHTENSTEIN für uns ALLE

Dabei denken wir an alle Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins. Das «Mehr Liechtenstein» soll wie folgt zustande kommen:

- Durch Nähe zum Volk
- Zusammenrücken
- Unsere Kultur – unser Brauchtum – unsere Heimat
- Bündeln aller Kräfte

Der Leitspruch zeigt unsere starke Identifikation mit unserer Heimat. Die Politik der DpL ist bodenständig und volksnah. Unser Land wollen wir in einem konstruktiven Rahmen weiterentwickeln. Trotzdem werden wir – so wie man uns kennt – auch in der kommenden Legislatur nicht wegschauen und für die nötige Transparenz sorgen.

Jede Stimme zählt

Einige werden sich vielleicht fragen, soll man überhaupt wählen, es verändert sich ja sowieso nichts. Gerade in einer Krise ist aber «den Kopf in den Sand zu stecken» keine Option. Es braucht jetzt Optimismus. Dies können neue, unabhängige und unverbrauchte Köpfe am besten umsetzen. Die Kandidatinnen und Kandidaten der DpL sind motiviert und engagiert. Wir stehen für «Mehr Liechtenstein für uns alle». Mit deiner Stimme für die DpL kannst du der Politik einen wirklichen Stoss in diese Richtung geben.

Liechtensteinische Politik: Rück- und Ausblick

Von Erich Hasler

Die politische Landschaft hat sich in den letzten 30 Jahren zusehends verändert. Begonnen hat die Veränderung mit dem Eintritt der Partei der «Freien Liste» (FL) in den Politikalltag. An diesen Landtagswahlen treten erstmals fünf Parteien an. Während die FL klar links positioniert ist, politisieren die anderen beiden Oppositionsparteien «Die Unabhängigen» und die «Demokraten pro Liechtenstein» im politischen Spektrum «Mitte rechts». Das ist auch gut so. Aber wo stehen denn die beiden grossen Volksparteien «FBP» und «VU» heute?

Bezüglich der Zusammensetzung der Kandidatenliste stellt Erich Hasler interessante Entwicklungen fest. Den transparent-Lesern wird vor Augen geführt, dass die Verwaltung immer mehr das politische Geschehen diktiert. **Ab Seite 1**

Von 2019 bis 2021 wird die Staatsverwaltung um weitere 91 Stellen ausgebaut. Es ist wohl einfacher, den Apparat aufzublähen als auf Leistung zu trimmen. In der Erwartung von weniger Steuereinnahmen ist diese Entwicklung erst recht beängstigend. Thomas Rehak schreibt zu aktuell brisanten Themen **ab Seite 3**.

Alex Meier relativiert das Vermögen von Liechtenstein von 2,2 Milliarden Euro vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und rechnet in seinem Artikel auch noch mit anderen Szenarien, zum Beispiel mit einem Minus-35-Prozent-Crash der Aktienmärkte. Es gilt: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. **Seite 6**

Was macht eine Volkspartei aus?

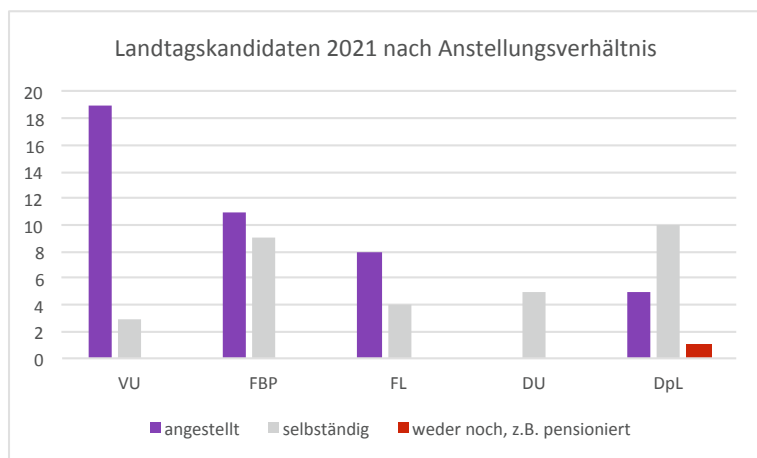
Die Stimmenverluste an den vorhergegangenen Wahlen zeigen, dass die Wählerbasis der beiden Volksparteien zusehends erodiert. Bislang setzte sich die Wählerbasis aus Familien zusammen, die sich entweder den «Schwarzen» (FBP) oder den «Roten» (VU) zugehörig fühlten. Die Wählerbasis definierte sich also nicht nach Berufsgruppen, sondern nach Familien. Entsprechend war das berufliche Spektrum der Kandidaten relativ breit.

Wählerbasis beider Volksparteien erodiert zusehends

Das wäre auch Sinn des Milizsystems, nämlich, dass sich die Abgeordneten aus verschiedenen Berufsgruppen rekrutieren, damit die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten und Branchen im Landtag repräsentiert sind. Dabei geht es einerseits um Interessenvertretung und andererseits auch um den Erfahrungsschatz der Branchenvertreter.

Wie gut repräsentieren die Parteien die Gesellschaft?

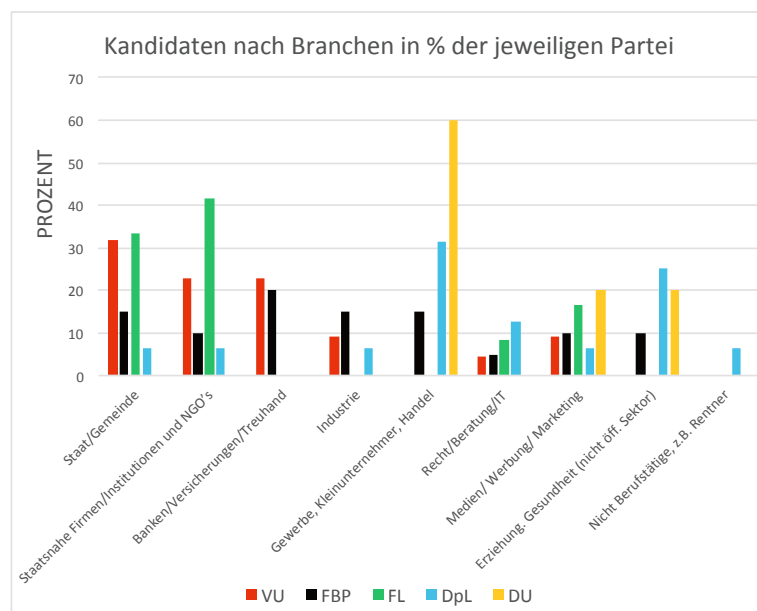
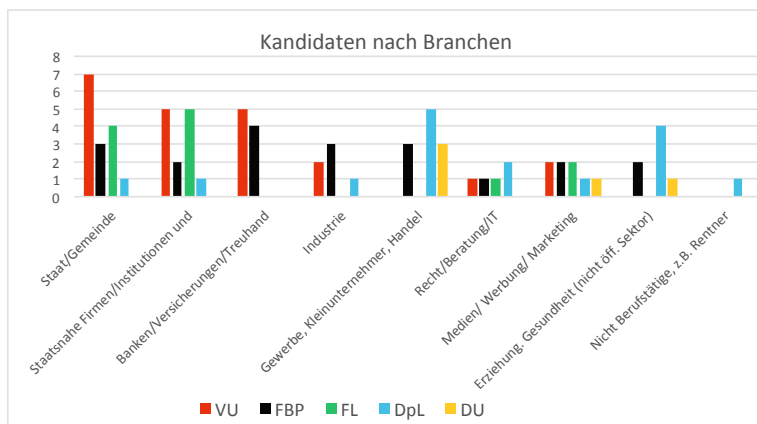
Einen ersten Gesamteindruck erhält der Wähler, wenn die Kandidaten nach deren beruflichen Tätigkeiten einander gegenübergestellt werden.



Während bei den Unabhängigen (DU) alle Kandidaten selbständige Unternehmer sind, sind nur gerade 14% der VU-Kandidaten selbständig.

Aus welchen Branchen rekrutieren sich die Kandidaten?

Geht man einen Schritt weiter und beleuchtet, in welchen Branchen die einzelnen Kandidaten beschäftigt sind, so lässt sich Erstaunliches feststellen. Auffällig ist beispielsweise, dass ein Grossteil der Kandidaten der VU und der FL entweder direkt beim Staat, staatsnahen Betrieben oder bei vom Steuerzahler (mit)finanzierten Institutionen beschäftigt ist.



Ist die VU noch eine repräsentative Volkspartei?

Es fällt auf, dass die VU und die Freie Liste als klare Linkspartei sich nur wenig unterscheiden. Bei beiden Parteien sind weit mehr als 50% der Kandidaten beim Staat, staatsnahen Firmen oder NGO's (Nicht-regierungsorganisationen) angestellt. Kandidaten aus dem Kreis der Gewerbler und Kleinunternehmer hat die VU keine. Man darf sich also fragen, ob die VU-Kandidatenliste derzeit einer Volkspartei noch gerecht wird. Kein Wunder also, wenn die Verwaltung immer mehr das politische Geschehen dominiert.

Nicht nur die Landtagskandidaten, sondern auch die Regierungsratskandidaten rekrutieren sich immer mehr aus der Verwaltung oder den staatsnahen Betrieben. Es braucht sich also niemand mehr zu wundern, wenn sich bei dieser Konstellation die Verwaltung immer stärker und schneller aufbläht.

Braucht es noch einen Landtag?

Der Umstand, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin beim Land oder einer staatsnahen Firma beschäftigt ist, sagt natürlich nichts über deren Qualitäten aus. Es kann jedoch nicht wegdiskutiert werden, dass ein Arbeitnehmer gegenüber seinem Arbeitgeber eine Treuepflicht hat. Abgeordnete, die sich aus der Verwaltung rekrutieren, müssen ihre Loyalität also einerseits gegenüber dem Arbeitgeber (Regierung) und andererseits gegenüber der eigenen Partei zeigen. Ein Spagat, der nicht wirklich funktioniert und zu einem Landtag führen kann, der nur noch eine Statistenrolle einnimmt.

Landtag darf nicht zur Statistenrolle reduziert werden

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, dann werden wir uns am Ende des Tages die Frage stellen müssen, ob es einen Landtag überhaupt noch braucht.

Wähler entscheidet, wohin die Reise geht

Der Wähler hat alle vier Jahre die Möglichkeit, die Richtung, in die das Land gehen soll, mitzubestimmen, indem er jene Kandidatinnen oder Kandidaten wählt, die sein Vertrauen verdienen und seine Interessen am besten vertreten. Eine starke Opposition braucht es, um eine wirksame Kontrollfunktion wahrzunehmen. Die DpL-Abgeordneten haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie sich für die Anliegen des Volkes einsetzen und ihre Aufgabe ernst nehmen.

Oppositionspolitik heisst Verantwortung übernehmen

Die Demokraten pro Liechtenstein sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, realistischerweise in der Opposition. Diese Rolle haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren im Landtag praktisch als einzige Partei wahrgenommen. Ein Beispiel ist der im November von einer Landtagsmehrheit beschlossene massive Ausbau der Staatsverwaltung. Die Verwaltung wird demnach mit den Stimmen der VU/ FBP/FL/DU im 2021 um weitere 40 Stellen ausgebaut werden (von 2019 bis Ende 2021 somit um mindestens 91 Stellen!). Dabei ist jetzt schon klar, dass die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren nicht mehr so sprudeln werden wie bisher. Für die Regierung und den hörigen Regierungsparteien ist es aber natürlich viel leichter, den Staatsapparat aufzublähen und mehr Leute anzustellen als den Apparat auf Leistung zu trimmen und schlank zu halten.

Warum plant die DpL mit der Opposition?

Die beiden Grossparteien FBP und VU rechnen wie gewohnt mit einer grossen Koalition. Die Regierungsposten sind also bis auf den Chef-

posten jetzt schon vergeben. Einen Strich durch diese Rechnung kann nur der Wähler machen, indem er die Oppositionsparteien mehr als bisher unterstützt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine starke Opposition einen positiven Einfluss hat. So ist der Fraktionszwang bei den Abstimmungen im Parlament heute weit weniger ausgeprägt als in früheren Jahren.

Wähler können Strich durch Rechnung machen

Politikwechsel: Warum nicht jetzt?

Es liegt nun an jedem Einzelnen, ob er sich eine Fortsetzung der bisherigen Politik oder eine Stärkung der Opposition wünscht. Die Kandidaten der DpL sind auf jeden Fall bereit, Verantwortung zu übernehmen und für eine konstruktive Politik einzutreten.

• Thomas Rehak

Herausforderungen der kommenden Jahre

Von Herbert Elkuch

Für einen Kleinstaat stellen sich besondere Anforderungen, um Freiheit und Selbstbestimmung zu bewahren. Die Monarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage hat sich bewährt, für deren Erhalt ich einstehe.

Freiheit und Selbstbestimmung bewahren

Internationale Anerkennung, freier Marktzugang und Souveränität bedingen eine gute Aussenpolitik, die über den EU-Raum hinausreicht. Unsere Kleinheit erfordert eine hocheffiziente Staatsverwaltung, die gleichzeitig aber noch bürgernah und hilfsbereit sein soll. Mit der Schweiz als Partner sind wir eher auf Augenhöhe als mit der EU. 350 bis 700 EU-Rechtsakte pro Jahr übernehmen, dies ist kritisch zu hinterfragen. Die Taktik der EU ist, im Kleinen etwas einführen und nachher über Verordnungen alles Mögliche uns aufzubürden.

Unsere römisch-katholische Staatsreligion ist ein wichtiger Pfeiler im Staat. Das soll so bleiben. Jedoch ist auch die Religionsfreiheit unter Einhaltung der Gesetze zu gewährleisten.

Religionsfreiheit gilt es zu gewährleisten

Bei uns wohnen viele Personen mit Migrationshintergrund, teilweise in der dritten Generation. Es gilt, diese zu integrieren, damit keine Parallelgesellschaften entstehen. Die 33,3%-Grenze für den Ausländeranteil verhindert, dass wir uns zum Einwanderungsland, wo die «Ureinwohner» eine Minderheit darstellen, entwickeln.

Die Familie hat im Staat eine multifunktionale Aufgabe. Sie sichert Eigenständigkeit, Individualität und die Versorgungssicherheit der

älteren Bevölkerung langfristig ab. Daher: Freie Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln für Schüler und Jugendliche, eine dreiteilige Geburtenzulage (analog Luxemburg), damit unseren Familien mehr bleibt, Homeoffice klar regeln, Arbeitgeber, die Wiedereinsteigern eine Beschäftigung geben, eine Zeitlang von den Sozialabgaben entlasten, die traditionelle Familie nicht benachteiligen gegenüber dem Zweiverdienermodell, Taggelder für Schwangerschafts- und Elternurlaub zum Schutz der Kleinbetriebe über ein grosses Kollektiv abwickeln.

Traditionelle Familie nicht benachteiligen

Die Bildung soll die Stärken des Einzelnen entfalten, vereint mit dem dualen Ausbildungssystem, eine Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Bildungsaufenthalten auch ausserhalb der EU (Sprache), damit die Zukunft gemeistert werden kann. Die Universität Liechtenstein mehr auf die Bedürfnisse im Land ausrichten.

Die Krankenkasse soll weiterhin im heutigen Rahmen vom Staat unterstützt werden, damit die Grundversicherung bezahlbar bleibt. Die Ungleichbehandlung mit der Krankenkassenprämie zwischen solchen mit Arbeitgebern und solchen ohne könnte hinterfragt werden.

KK-Grundversicherung bezahlbar bleiben

Das krisensichere Gesundheitswesen ausbauen, auch um Ausbildungsplätze im Gesundheitssektor zu sichern.

Die betriebliche Pensionskasse bedarf dringend einer Überarbeitung. Die Umlagerung von Geldern der Beitragszahler zu Rentnern ist zu verbieten, das ist Sache der AHV. Nicht PK-Pflichtige sollten auf freiwilliger Basis in eine Pensionskasse aufgenommen werden können. Der Rentenvorbezug sollte ebenfalls überdacht werden.

Die **AHV** muss noch in diesem Jahr stabilisiert werden. Dazu sollen auch die ausländischen AHV-Versicherten gleich wie die Liechtensteiner ins Boot geholt werden.

AHV noch in diesem Jahr stabilisieren

Die seit Jahren für in Liechtenstein wohnhafte Rentner entgangene Teuerung könnte ohne Probleme direkt aus der Staatskasse ausserhalb der AHV bezahlt werden.

Keine Verstaatlichung von Unternehmen, die von der Privatwirtschaft geführt werden können. Der Staat war noch nie ein guter Unternehmer. Sicherer Zugang zum Weltmarkt, damit sichere Arbeitsplätze und sozialer Frieden erhalten werden können. Vorschriften, die dem Finanzsektor mehr schaden als nützen, abbauen.

Sicherer Zugang zum Weltmarkt

In den Onlinehandel mehr Produkte aus Liechtenstein einschleusen. Das öffentliche Vergabegesetz soll unseren und nicht fremden Unternehmen dienen.

Die Sozialleistungen sind massvoll für solche, die es nötig haben, zu beschränken. Umverteilungen sind gut zu überlegen, damit sich Arbeit lohnt. Das Arbeitslosengesetz sollte für eine bessere Effizienz überarbeitet werden.

Die Energieversorgung ist sicher und nachhaltig auszubauen. Für die krisensichere Eigenversorgung sind neben Fotovoltaik und Wind auch Rheinkraftwerke neu zu beleuchten.

Rheinkraftwerke neu beleuchten

Keine Rheinaufweitung ohne Einbezug der Energiegewinnung.

Die Staatsbeiträge / Subventionen sinnvoll dort einsetzen, wo die Bevölkerung profitiert.

Busse oft zu wenig ausgelastet

Beispiele: Der Staat wäre nicht für die Fahrradsubvention, sondern für den Bau der Fahrradwege zuständig gewesen. Anstelle Hybrid- und E-Autos subventionieren, die Engstellen, an denen Stau entsteht, entschärfen.

Für Mobilität / Verkehr die öffentlichen Linienbusse weiterhin fördern, weil sie flexibel einsetzbar sind. Die freie Verkehrsmittelwahl ohne Schikanen gewährleisten.

Öffentliche Linienbusse weiterhin fördern

Sichere Fahrradwege, vierspurige Brücke in Bendern und Lösungssuche für die Verkehrsübernahme der Tunnelspinne Feldkirch, sofern sie gebaut wird.

Die produzierende Landwirtschaft mit bäuerlichem Unternehmertum soll weiterhin eine Abgeltung für Allgemeinleistung erhalten, damit die Landschaft gepflegt und eine minimale Eigenversorgung in Krisenzeiten möglich bleibt.

Die Zonenplanung neu ausrichten

Die Zonenplanung neu ausrichten, damit unersetzliches Kulturland erhalten bleibt.

Durch die Corona-Krise verstärkte Konjunkturabschwächung geht auch an uns nicht spurlos vorüber. Das finanzielle Jahresergebnis soll gemäss der Finanzplanung der Regierung bis zum Jahr 2024 gleichwohl noch ausgeglichen gestaltet werden können. Bei plankonformer Entwicklung ist ein Rückgang der Reserven bis zum Ende 2024 um die kumulierten Mittelabflüsse der Gesamtrechnung in Höhe von CHF 73 Mio. zu erwarten, und sie würden dann 2,26 Mrd. betragen. Fest steht aber, dass der Ausgabemodus der letzten vier Jahre ausgedient hat, wenn der Finanzplan 2021–2024 der Regierung eingehalten werden soll. Dennoch sehe ich einer positiven Zeit für unsere Heimat entgegen.

DpL – die konstruktive Oppositionspartei der vergangenen Legislatur

Gegen weitere Aufblähung der Staatsverwaltung

Der Staatshaushalt wird im 2021 gegenüber dem Voranschlag 2020 um CHF 10 Mio. aufgebläht. Davon sind CHF 5 Mio. für einen massiven Stellenausbau um 40 Personen vorgesehen. Dabei wurde der Staatsapparat bereits in den beiden Vorjahren um insgesamt 51 Stellen vergrössert. Selbst der lächerlich kleine DpL-Kürzungsantrag um CHF 1,3 Mio. (entsprechend ca. 10 neuen Stellen) war im Landtag jedoch chancenlos. Keine andere Partei hat den Kürzungsantrag der DpL unterstützt. Die DpL ist damit die einzige Partei, die sich gegen einen weiteren Ausbau der Verwaltung stemmte und auch in Zukunft stemmen wird.

Gegen Steuergeldexport

Geburtszulagen, die an österreichische Grenzgänger ausbezahlt werden, werden vom österreichischen Staat kassiert. Das heisst, dass den

in Liechtenstein beschäftigten österreichischen Grenzgängern kein Rappen von der liechtensteinischen Geburtszulage bleibt. Liechtenstein subventioniert also den österreichischen Staat. Das Paradoxe an dieser Situation ist, dass Liechtenstein sich freiwillig verpflichtet hat, Geburtszulagen zu exportieren. Dieses hätte problemlos rückgängig gemacht werden können, wenn eine Mehrheit der Landtagsabgeordneten dies nur gewollt hätte.

Österreichische Grenzgänger gehen bei Geburtszulagen leer aus

Der DpL-Vorstoss fand aber keine Mehrheit im Landtag, d.h. die Mehrheit der Abgeordneten wollte den österreichischen Staat wei-

ter subventionieren. Wir setzen uns auch in Zukunft dafür ein, dass Steuergeld effizient und für Zwecke eingesetzt wird, die dem Volk zugutekommen.

Für Sicherung der AHV

Die AHV muss sich in erster Linie durch Beiträge und nicht durch Steuergeldzuflüsse finanzieren. Herbert Elkuch hat bereits Ende 2015 vorgeschlagen, die Beitragssätze moderat auf total 8,3% (schweizerische Beitragssätze: 8,4%) anzuheben. Damals hat eine Mehrheit des Landtags den Zeitpunkt als nicht opportun angesehen. Zwischenzeitlich hat sich die Schere zwischen den jährlichen AHV-Beitragszahlungen und ausbezahlten Renten weiter geöffnet, und der Zeitpunkt einer Beitragsanpassung ist nicht besser, sondern eher schlechter geworden (Wirtschaftslage). Plötzlich sehen alle anderen Parteien Handlungsbedarf. Hätte man eine Beitragserhöhung bei noch guter Wirtschaftslage durchgesetzt, würde die AHV heute wesentlich besser dastehen.

AHV: Keine Alternative zum Niveau der Schweiz

Der nächste Landtag muss eine Beitragsanpassung auf das Niveau der Schweiz vornehmen. Wir sehen keine Alternative dazu. Gleichzeitig sind wir dafür, dass Rentnern, denen die Rente und Ergänzungsleistungen nicht reichen, aus der Staatskasse unterstützt werden.

Gegen Ausbau der S-Bahn

Der Landtag hat den Finanzbeschluss für den Ausbau der S-Bahn mit 18 Stimmen (72% der Stimmen) gutgeheissen. Das Volk hat diese Vorlage aber deutlich mit 62,3% verworfen, obwohl mit einer regelrechten Desinformationskampagne, viel Geld, dem Einsatz vieler altgedienter Politiker und der Macht der beiden Parteizeitungen von oben her versucht wurde, das Volk mit Gewalt von dieser Vorlage zu überzeugen. Die Abstimmung hat gezeigt, dass der scheidende Landtag das Volk mehr schlecht als recht repräsentiert hat. An der vergangenen S-Bahn-Abstimmung wurde deutlich, warum es in diesem Land eine Opposition wie die DpL braucht.

S-Bahn-Abstimmung zeigte Wichtigkeit einer Opposition auf

Für rasche Verbesserungen des Strassennetzes und der Fahrradwege: Wir haben gefordert und fordern immer noch rasche punktuelle Verbesserungen im Strassennetz, wie z.B. einen Neu- und Ausbau der Bederer Rheinbrücke, Realisierung des Industriezubringers Triesen, Ausbau der Fahrradwege etc.

Konstruktive Lösung für Abnahme des Individualverkehrs

Auch muss die Blockadepolitik gegenüber der Tunnelspinne Feldkirch, deren Realisierung sich nicht verhindern lässt, aufgegeben und mit Österreich und der Schweiz eine konstruktive Lösung für die Abnahme des Individualverkehrs gesucht werden.

Für Gratis-ÖV

Wir haben uns für Gratis-ÖV für Jugendliche, Auszubildende und Studenten bis 25 Jahre sowie Rentner eingesetzt, wurden aber lei-

der von einer Landtagsmehrheit nicht unterstützt. Die Kosten dieser Massnahme wären überschaubar (Mindereinnahmen bei den verkauften Abos und Fahrkarten). Die grossen Kosten des ÖV bezahlt der Steuerzahler sowieso schon (CHF 14,5 Mio. jährlich).

Busse sind oft zu wenig ausgelastet

Die Busse verkehren sowieso fahrplanmässig, leider die meiste Zeit sehr wenig ausgelastet.

Für sinnvolle Anhebung der Einbürgerungsbedingungen

Die DpL hat mit der Gesetzesinitiative vom 3. April 2020 eine Anpassung der Einbürgerungsbedingungen herbeiführen wollen, damit in Zukunft nur Personen eingebürgert werden müssen, die mit den liechtensteinischen Lebensverhältnissen vertraut sind und sich am gesellschaftlichen Leben in Liechtenstein beteiligen (analog zu den schweizerischen Regelungen).

Gute Sprachkenntnisse als Schlüssel für erfolgreiche Integration

Die Initiative sah vor, dass Bewerber das mündliche Sprachniveau B2 beherrschen müssen, da gute Sprachkenntnisse der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind. Ausserdem hätte die minimale Wartezeit für eingetragene Personen für eine erleichterte Einbürgerung von 5 auf 10 Jahre angehoben werden sollen. Dieser Vorstoss wurde von den VU, FL- und DU-Abgeordneten abgelehnt. Wir werden aber weiterhin eine sinnvolle Anpassung der Einbürgerungsbedingungen verfolgen.

Für eine Direktwahl der Regierung

Seit Beginn ihrer politischen Tätigkeit haben die DpL-Abgeordneten die Direktwahl der Regierung auf ihre Fahnen geschrieben. Dieses Ziel haben sie in der vergangenen Legislatur mit einem Postulat weiterverfolgt.

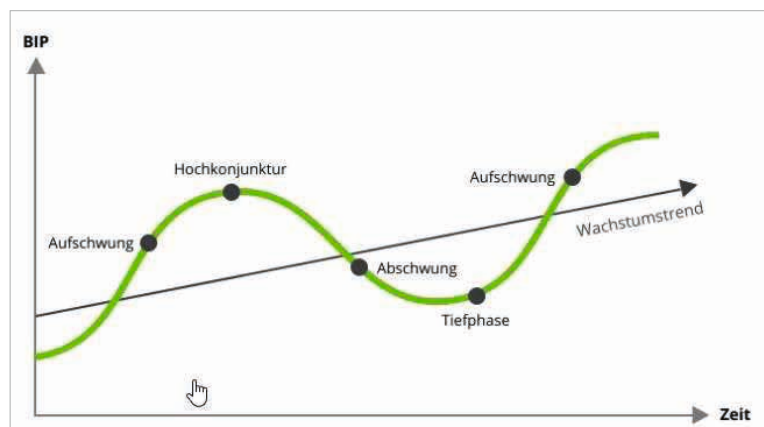
Gegen die grassierende Freunderlwirtschaft

Auf den ersten Blick erstaunlich ist, dass der Landtag dieses Postulat der DpL an die Regierung überwiesen hat. Der Vorstoss wurde von den FBP- und VU-Abgeordneten allerdings nicht etwa aus innerer Überzeugung unterstützt, sondern mit dem Ziel, die Direktwahl der Regierung ein für allemal von der politischen Agenda zu verdammen. Ihr Hintergedanke ist nämlich, mit allerlei Gutachten die angeblich unüberwindbaren Hindernisse für die Umsetzung dieses Anliegens abzuwürgen, das von breiten Bevölkerungskreisen unterstützt wird. Entsprechend wird der wahre Auftrag der Regierung an die Juristen nicht lauten, einen gangbaren Weg für die Umsetzung dieses politischen Anliegens zu suchen, sondern das Gegenteil zu beweisen. Schliesslich ist es im Interesse der beiden auf ewige Zeiten koalierenden Regierungsparteien, dass alles möglichst lange noch so bleiben wird, wie es ist, damit die Freunderlwirtschaft so weitergehen kann. Wir werden uns auch zukünftig für eine Direktwahl der Regierung wie auch gegen die grassierende Freunderlwirtschaft einsetzen.

• Thomas Rehak

Spare in der Zeit, so hast du in der Not

Die Aussage «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» ist eine Volksweisheit und kommt alsdann auch nicht von ungefähr. Allzu oft und speziell im politischen Geschäft ist man in wirtschaftlich florierenden Jahren dazu geneigt, im Überschwang der Eindrücke und des Wohlbefindens die staatlichen Ausgaben zu intensivieren und auszudehnen. Derartige staatliche «Wirtschaftsförderprogramme» sind jedoch gerade in diesen florierenden Jahren absolut nicht notwendig und somit fehl am Platz. Vielmehr wäre anstelle dessen Sparen angesagt, denn die Historie zeigt uns klar auf – so auch die aktuelle Covid-19-Krise –, dass im Konjunkturzyklus nach einer Hochkonjunktur ein Abschwung und eine Tiefphase folgt.



Aktuell befinden wir uns dann auch im Abschwung, und dies ist der weltweit einhergehenden Covid-19-Pandemie geschuldet. Viele Staaten und so auch Liechtenstein haben aktuell und in den zurückliegenden Monaten einen «Lockdown» verordnet, wovon viele Branchen und deren zugeordnete Mitarbeiter in der Berufsausübung und in der Folge finanziell stark betroffen sind. Die Staaten – auch Liechtenstein – versuchen mit div. Abfederungsmassnahmen wie Kurzarbeit, zinslose Darlehen etc. ein Überleben der Unternehmungen wie auch eine weitergehende Anstellung der Mitarbeiter sicherzustellen. All dies erfordert von den betroffenen Staaten eine enorme finanzielle Unterstützung und konfrontiert diese Staaten mit einem noch nie dagewesenen Schuldenberg. Liechtenstein befindet sich diesbezüglich in einer noch komfortablen Situation, können wir doch derzeit auf Staatsreserven in der Höhe von CHF 2,2 Mrd. (per Ende 2019) zurückgreifen.

CHF 2,2 Mrd. stellen jedoch nicht allzu viel Reserven dar, angesichts der aktuellen Covid-19-Krise und des noch nicht absehbaren Krisen-Endes.

Durch die Covid-19-Krise und der damit verbundenen Impacts auf die Wirtschaft ist in den kommenden Jahren auch mit einem beträchtlichen Einschnitt bei den staatlichen Steuereinnahmen zu rechnen. Die abtretende Regierung hat somit für die kommenden Jahre (bis 2024) in der Haushaltsplanung ein jährliches betriebliches Defizit von annähernd CHF 100 Mio. eingeplant. Auf Grundlage dessen ergibt sich in Summe **bis zum Jahr 2024 ein geplantes betriebliches Defizit von CHF 374 Mio.** (dies wurde von der Regierung eher konservativ angesetzt).

Die Parlamentarier der zur Neige gehenden Landtagslegislatur haben in den zurückliegenden Monaten zudem noch **Investitionsmittel/Aufwände von insgesamt CHF 473 Mio.** freigegeben (dies ohne die S-Bahn, wohlgermerkt).

Andererseits sind die verantwortlichen staatlichen Stellen damit befasst, die angesparten finanziellen Mittel möglichst gewinnbringend auf den internationalen Finanzmärkten anzulegen. Dahingehend gilt es jedoch festzuhalten, dass sich die Finanzmärkte zwischenzeitlich grundlegend von der Realwirtschaft abgekoppelt haben,

ansonsten wäre folgende Schlagzeile bzw. reale Feststellung nicht möglich:

Tesla ist wertvoller als BMW, Daimler und VW zusammen

Die Aktie von Tesla steigt erstmals auf über 1000 Dollar. Damit ist der Elektropionier aus Kalifornien nun wertvoller als die drei deutschen Autobauer zusammen.

Immer noch kein Jahresgewinn für Tesla

Auf den ersten Jahresgewinn seit Unternehmensgründung 2003 muss Tesla-Chef Elon Musk indes weiter warten – trotz zweier Quartale mit schwarzen Zahlen in Folge.

Die Firma Tesla hat bis anhin noch keinen Jahresabschluss mit einem Gewinn ausweisen können, soll dann jedoch mehr an Wert besitzen als BMW, Daimler und VW zusammen!

Dies soll aufzeigen, dass an den Finanzmärkten mit erheblichen Verzerrungen agiert und gehandelt wird, und dementsprechend sind auch die Investitionsrisiken beträchtlich hoch. Nachfolgende Darstellungen des DAX (Deutscher Aktien Index) und des Dow Jones (USA, Wall Street) sollen aufzeigen, **wie rasch > 35% an Investitionsmitteln vernichtet sein können** → erster Impact war 2008/09 die Finanzkrise, zweiter Impact 2020 war die Covid-19-Krise:



Ebenfalls ist anzumerken, dass nebst den Staatsreserven auch ein



Grossteil der AHV-Gelder und unser aller Pensionskassen-Gelder (gut diversifiziert → in unterschiedliche Anlagevehikel investiert) an diesen Finanzmärkten veranlagt bzw. investiert sind. Mit all den damit einhergehenden Risiken, Ups and Downs, und dies muss uns allzeit bewusst sein!

Die Staatsreserven von CHF 2,2 Mrd. können so schnell aufgebraucht sein oder durch Investitionsrisiken erheblich erodieren. Für die Finanzperiode 2020–2024 plant die Regierung mit einem betrieblichen Defizit von CHF 374 Mio. und mit Bruttoinvestitionen von CHF 338 Mio. Verrechnet mit den geplanten Erträgen aus den Reserven von 98 Mio. pro Jahr, resultiert bis Ende 2024 ein Mittelabfluss von CHF 73 Mio. Tritt dazu noch eine Kurskorrektur an der Börse von -35% ein, können sich die «gefühlten komfortablen» Staatsreserven von CHF 2,2

Mrd. in wenigen Jahren stark reduzieren, wenn nicht sogar gänzlich verflüchtigen! Deshalb gilt in Bezug auf den Staatshaushalt und die Staatsreserven mehr denn je «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Diese Volksweisheit sollten sich die zukünftigen Landtagsabgeordneten und auch die neu konstituierte Regierung zu Herzen nehmen und bei ihrem politischen Tun und Handeln fortwährend vor Augen führen! • **Alex Meier**

DpL steht für eine andere Politik

Die jüngsten Untersuchungen des Liechtenstein-Instituts belegen schwarz auf rot, dass die beiden grossen Koalitionspartner FBP und VU es am besten miteinander können (VL 13. Januar 2021). In 90 Prozent der Vorlagen ist das Resultat nämlich dasselbe. Das heisst, wenn die VU eine Vorlage mehrheitlich annahm, dann wurde sie in 9 von 10 Fällen auch von der FBP mehrheitlich angenommen. Daher die gute Nachricht für den Wähler: Es spielt keine Rolle, ob der Wähler seine Stimme der FBP oder der VU gibt. Es kommt am Ende auf dasselbe raus.

Offensichtlich werden diese beiden Konstrukte von den FBP- und VU-Parteistrategen nur aufrechterhalten und gepflegt, um andere Zwecke zu verfolgen als die Durchsetzung einer unterschiedlichen Politik. Es bleibt zu hoffen, dass die Wähler dies langsam realisieren. Einen richtigen Unterschied zu den beiden Regierungsparteien macht nur noch die DpL. Diese stimmt nur in etwa 65 Prozent der Fälle gleich ab wie die beiden Regierungsparteien. Das heisst, dass die DpL effektiv eine andere Politik als die beiden Grossparteien verfolgt und daher die **einzige politische Alternative** darstellt. • **Erich Hasler**

Härtefallregelung: Die durch die Maschen fallen

Von Roland Rick

Die Härtefallregelung der Regierung greift ausgerechnet dort nicht, wo sie am dringendsten benötigt wird. Der Geltungsbereich der per 11. Januar 2021 gültigen Härtefallregelung lässt teils Freischaffende, Künstler und Kleinstunternehmer aussen vor. Eine der Voraussetzungen ist zum Beispiel ein Jahresumsatz von CHF 100'000.–. Es gibt aber Branchen, wo das selbst in guten Jahren nicht erreicht wird. Ausgerechnet dort, wo es existenziell am notwendigsten ist, greift die «Härtefallregelung» nicht. Grosse Unternehmen werden mit Millionen unterstützt, auch wenn es diese

dank gut gefüllter Kampfkassen aus erfolgreichem Wirtschaften der letzten Jahrzehnte gar nicht nötig hätten.

Grosse Unternehmen werden mit Millionen unterstützt

Bei den Kleinen hingegen geht es um die nackte Existenz. Aber die sind dem Finanz- und Wirtschaftsminister ganz offensichtlich «Wurscht». Es sind Champagnerpolitiker und Schreibtischattentäter am Werk.

Liechtenstein im Herzen Europas

Von Dr. Norbert Obermayr

Das ist nicht nur geografisch gemeint. «Arriba! Arriba! Ándale! Ándale!» Der Vergleich mit der kleinen Maus aus Mexiko, die stets als Gewinnerin jeder Episode hervorgeht, ist übertragbar. Speedy Gonzales, das Gegenteil von Dagobert Duck! Geschwindigkeit, Gewitztheit und Tapferkeit können ein Teil der Winner-Mentalität von Liechtenstein sein. Warum ist, oder anders gefragt, wie wird das möglich?

Eine erste Anleihe dazu kann bei S.D. Fürst Hans Adam in «Der Staat im dritten Jahrtausend» entnommen werden. «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten» (H. Kohl 1995). S.D. beleuchtet in seinem Buch die

Kräfte, die die Geschichte der Menschheit geformt haben und es in Zukunft wahrscheinlich tun werden. S.D. beschreibt Strategien, wie auf der ganzen Welt demokratische Strukturen geschaffen werden können.

Chancen, die kaum ein anderes Land hat

Liechtenstein könnte dazu zu einer Stärkung der Demokratie beitragen, indem es selbst diese vollumfänglich ausgestaltet. Die Verfassung Liechtensteins mit den beiden Souveränen Fürst und Landtag bietet dabei Chancen, die sonst kaum ein anderes Land hat. Damit

können die Nachteile einer Demokratie gemindert werden. Was eine Mehrheit bestimmt, muss nicht das Beste sein, und schon gar nicht, wenn eine Minderheit die Macht hat, Meinungen zu bestimmen und so das Volk zu lenken. S.D. beschreibt dies im 10. Kapitel recht gut. Liechtenstein hat die Möglichkeit, sich aus den Zwängen anderer Staaten zu befreien und Musterland für eine Demokratie zu werden. Dazu braucht es mehr die Stimme des «2. Souveräns», auch wenn es einigen «gegen den Strich» geht.

Bildung und Weltanschauung hängen unmittelbar zusammen. Eine Weltanschauung ist die Weise, wie sich ein Mensch die Welt erklärt. Dabei spielen die Erklärungen von Deutungsmustern und Lebenskonzepten in der Bildung die entscheidende Rolle. Religionen machen für sich Wahrheitsansprüche geltend und bestimmen den «Wert» eines Menschen. Religionen sind einerseits das Fundament einer Gesellschaft, andererseits aber verhindern sie jede Integration, wenn nicht ein umfassendes Verständnis für eine andere Weltanschauung ermöglicht wird. – Die moderne Quantenphysik lehrt uns, dass durch deren Erkenntnisse die Spaltung der Natur- von der Geisteswissenschaft überwunden werden wird. Noch hat sich ein ganzheitliches, holistisches Weltbild nicht vollständig aus dem «Kokon» gelöst: MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sollen – so die Forderungen der Wirtschaft – einen noch breiteren Raum einnehmen. Auf der Strecke bleiben Ethik, gesellschaftliches Verständnis und Integration. Damit werden «Schienen für

die Wirtschaft» gelegt, gleichzeitig aber «Strassen des vernünftigen Miteinanders» zerstört. Wir brauchen beides: Und hier hat gerade Liechtenstein aufgrund der möglichen Flexibilität die Chance, Musterland einer umfassenden Bildung zu werden.

Bildung findet ab dem Tag der Geburt statt

«Bildung» findet ab dem Tag der Geburt statt bis zum letzten Atemzug. Bildung ist mehr als Schule!

Die Kleinheit des Staates Liechtenstein in der derzeitigen Konstitution kann mit der Mentalität eines «Speedy Gonzales» auch gesellschaftliches «Herz» Europas werden. «Gestalten statt Verwalten» muss die Devise lauten. Dank unserer konstitutionellen Monarchie und S.D. des Fürsten einerseits und unserem wirtschaftlichen Leistungsvermögen andererseits haben wir Möglichkeiten, die kaum ein zweites Land der Erde hat. Demokratie und Bildung sind dabei zwei wesentliche Säulen, die von einem Gemeinwirtschaftssystem unterstützt das «Dritte Jahrtausend» wesentlich tragen sollen. Wenn ein «Mehr vom Gleichen» nicht die Lösung bringt, dann ist es Zeit, sich auf andere Werte zu konzentrieren.

Digitalisierungsstrategie des Schulamts auf Sand gebaut

Ende November 2020 hat die liechtensteinische Datenschutzstelle (DSS) eine Verfügung in einer Beschwerdesache erlassen, die es in sich hat. Geklagt hatte ein Beschwerdeführer, der nicht tolerieren wollte, dass die personenbezogenen Daten seines noch nicht urteilsfähigen Kindes (< 14 Jahre!) an Unternehmen wie Microsoft weitergegeben werden. Genau dies geschieht heutzutage jedoch, wenn sich ein Schüler mit seinem Schülerkonto auf www.schulen.li anmeldet.

Diese Nutzung der Microsoft-Dienste ist jedoch nicht datenschutzkonform. Zur Nutzung der Dienste in dieser Form wäre die Zustimmung eines Elternteils erforderlich. Das hat das Schulamt bisher trotz Hinweisen von Betroffenen völlig ignoriert resp. sich auf den Standpunkt gestellt, dass der Einsatz und die Nutzung in der alleinigen und ausschliesslichen Kompetenz und Verantwortung der Schule und nicht der Eltern oder Schüler liegen würden. Das Schulamt ist also der irrigen Ansicht, dass es an die Stelle der elterlichen Gewalt tritt, sobald der Schüler in der Schule ist.

Gemäss Datenschutzverordnung rechtlich nicht haltbar

Dem Beschwerdeführer hatte die zuständige Lehrperson mitgeteilt, dass die Anmeldung mittels Schülerkonto verpflichtend sei, da die Schüler ansonsten am digitalen Unterricht nicht teilnehmen könnten und somit vom Unterricht ausgeschlossen wären. Das ist rechtlich

gemäss Datenschutzverordnung nicht haltbar. Es müssen nämlich Alternativen angeboten werden, wenn jemand seine Daten oder die Daten seines nicht urteilsfähigen Kindes nicht weiterverarbeiten lassen möchte. Das heisst, dass Eltern digitale Lehrmittel und Lehrplattformen ablehnen können, wenn diese personenbezogene Daten ihrer Kinder verarbeiten.

Die Verfügung der Datenschutzstelle zeigt jetzt in aller Deutlichkeit, dass «Schlampigkeit» eine schöne Umschreibung der bisherigen Digitalisierungsstrategie des Schulamts ist. Kritische Eltern wurden bisher zu Unrecht mit irgendwelchen allgemeinen Floskeln abgespiesen.

Digitalisierungsstrategie basiert nicht auf empirischen Grundlagen

Dazu kommt, dass die Regierung in der Beantwortung der DpL-Interpellation vom April 2019 zum neuen Lehrplan (LiLe) und der Digitalisierungsstrategie einräumen musste, dass ihr Entscheid dafür nicht auf umfassenden empirischen Grundlagen abgestützt werden konnte und es keine fundierte wissenschaftliche Untersuchung gebe, die den besten Zeitpunkt für die Einführung von digitalen Medien an Schulen belegt.

Wenn Eltern von betroffenen Schülern Fragen zu diesem Thema haben oder unsicher sind, wie sie sich gegenüber dem Schulamt verhalten sollen, dann schreiben Sie uns unter dpl@dpl.li • **Erich Hasler**